



Wirtschaft. Politik. Wissenschaft.



221 Bericht von Sandra Bohmann, Susann Fiedler, Max Kasy, Jürgen Schupp und Frederik Schwerter

Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit

- Untersucht wurde Wirkung von Geldzahlungen auf Arbeitsmarktbeteiligung, Konsum und Wohlbefinden
- Geldbeziehende zogen sich weder vermehrt aus Arbeitsmarkt zurück noch reduzierten sie Arbeitsstunden
- Bedingungslose Geldzahlungen verbesserte mentale Gesundheit und subjektives Wohlbefinden

230 Interview mit Sandra Bohmann

234 Kommentar von Alexander Schiersch

Europas digitale Fragmentierung bremst Wachstum und Innovation

100 JAHRE – 100 GESCHICHTEN

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

1925 BIS 2025



© DIW Berlin/Phototek

DIW Berlin stellt Chronik „Die Vermessung der Wirtschaft“ vor



Das DIW Berlin hat am 5. März seine Chronik vorgestellt. „Die Vermessung der Wirtschaft – 100 Jahre DIW Berlin“ heißt das Buch, das einen Abriss über die 100-jährige Geschichte des Wirtschaftsforschungsinstituts geben soll. Bei der Vorstellung im Festsaal des Roten Rathauses betonte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, die Bedeutung des DIW für Berlin und die Bundesrepublik. „Wir brauchen Ihre Zuarbeit und Expertise“, sagte er. Das zeige sich auch in der aktuellen Diskussion um eine Reform der Schuldenbremse im Rahmen der Sondierungsgespräche. Ihm gehe es darum, dass der Staat seiner Verantwortung nachkommen könne, erklärte Wegner. „Wenn ich von Infrastruktur spreche, spreche ich nicht nur von Brücken und Schienen, sondern auch von Bildung, Wissenschaft und Forschung“, sagte der Regierende Bürgermeister. Wegner bedankte sich beim DIW Berlin für die wichtige Forschung zu diesen notwendigen Investitionen.

Die ganze Geschichte und viele weitere können Sie auf unserer Jubiläumswebsite lesen: www.diw.de/100jahre



IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 9. April 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Mattis Beckmannshagen

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

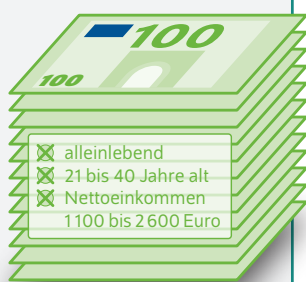
Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit

Von Sandra Bohmann, Susann Fiedler, Max Kasy, Jürgen Schupp und Frederik Schwerter

- Untersucht wurde Wirkung bedingungsloser Geldzahlungen in Höhe von 1200 Euro pro Monat über drei Jahre auf Arbeitsmarktbeteiligung, Konsum und Wohlbefinden
- Über ein Drittel der bedingungslosen Geldzahlungen wurden gespart und knapp acht Prozent für wohltätige Zwecke oder zur Unterstützung von Familie und Freund*innen ausgegeben
- Geldempfänger*innen zogen sich weder vermehrt aus Arbeitsmarkt zurück noch reduzierten sie signifikant ihre Arbeitsstunden
- Bedingungslose Geldzahlungen verbesserten mentale Gesundheit und subjektiv empfundenes Wohlbefinden der Maßnahmengruppe über gesamten Zeitraum
- Studie liefert evidenzbasierten Baustein zur Versachlichung der sozialpolitisch relevanten Debatte

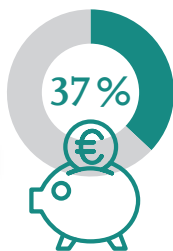
Bedingungslose Geldzahlungen ändern Arbeitsmarktverhalten kaum, steigern aber mentale Gesundheit

107 Personen haben drei Jahre lang pro Monat 1200 Euro erhalten.



Wie wirkt sich das aus?

Sie haben viel gespart, ...



... für Familie und Freund*innen ausgegeben, ...



... in etwa so viel gearbeitet wie sonst auch ...



... und es geht ihnen deutlich besser.



Quelle: Erhebung des Pilotprojekts Grundeinkommen 2020 bis 2024; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Mit den Ergebnissen, insbesondere zum Arbeitsmarktverhalten, können manche Klischees wie das von der sozialen Hängematte versachlicht werden. Auch wenn das bedingungslose Grundeinkommen derzeit nicht auf der politischen Agenda steht, werden für den dringend erforderlichen Umbau der Sozialsysteme alle Reformoptionen in Betracht gezogen werden müssen – auch das bedingungslose Grundeinkommen.“ — Jürgen Schupp —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Sandra Bohmann
www.diw.de/mediathek

Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit

Von Sandra Bohmann, Susann Fiedler, Max Kasy, Jürgen Schupp und Frederik Schwerter

ABSTRACT

Im Juni 2021 startete in Deutschland ein groß angelegtes Feldexperiment zum bedingungslosen Grundeinkommen. Zwei in diesem Wochenbericht zusammengefasste Studien untersuchen, wie sich bedingungslose Geldtransfers in Höhe von monatlich 1200 Euro über einen Zeitraum von drei Jahren auf das Ausgaben- und Arbeitsmarktverhalten sowie auf verschiedene Indikatoren der mentalen Gesundheit und des subjektiven Wohlbefindens auswirkten. Die 107 Teilnehmenden sparten rund ein Drittel der Geldzahlungen und damit mehr als doppelt so viel wie die aus 1580 Personen bestehende Vergleichsgruppe. Knapp acht Prozent der Geldzahlungen gaben sie für wohltätige Zwecke oder zur Unterstützung von Familien- und Freundes-Netzwerken aus. Die Teilnehmenden zogen sich weder aus dem Arbeitsmarkt zurück noch reduzierten sie signifikant ihre geleisteten Arbeitsstunden. Die Zahlungen führten jedoch zu einer signifikanten Verbesserung der mentalen Gesundheit und einem Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit sowie weiterer Indikatoren des Wohlbefindens. Die Ergebnisse liefern einen evidenzbasierten Baustein zur Versachlichung der sozialpolitisch relevanten Debatte von bedingungslosen Geldzahlungen.

Seit Jahren wird die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) sowie verschiedene Varianten eines *Universal Basic Income* in Politik, Wissenschaft¹ wie Gesellschaft kontrovers und zunehmend auch polarisiert² geführt. Befürwortende sehen im BGE vor allem ein Mittel zur Sicherung der Marktwirtschaft sowie zur Stärkung der sozialen Sicherheit und individuellen Autonomie.³ Kritiker*innen hingegen bezweifeln vor allem die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit und sehen zudem eine Gefahr des Abbaus bisheriger sozialpolitischer Errungenschaften.⁴ Neben einer Reihe an Simulationsstudien⁵ haben vor allem auch umfangreiche und zufallsbasierte Feldexperimente international in den letzten Jahren die Debatte empirisch bereichert. Die lange Jahre ohne wissenschaftliche Grundlage geführten Debatten wurden damit zunehmend auf ein evidenzbasiertes Niveau des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes überführt. So belegen die ersten Veröffentlichungen zweier im vergangenen Jahr abgeschlossener Feldexperimente in den USA,

¹ Vgl. beispielsweise Ugo Gentilini et al (2020): Exploring Universal Basic Income. A Guide to Navigating Concepts, Evidence, and Practices. Washington, DC: World Bank Group (online verfügbar, abgerufen am 26. März 2025). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt. Zur Einordnung der Debatte im deutschen Kontext vgl. Rolf G. Heinze und Jürgen Schupp (2022): Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation. Wiesbaden: Springer VS (online verfügbar).

² Nach der Einführung des Bürgergeldgesetzes im Januar 2023 warf die Opposition der damaligen Regierung wiederholt vor, mit der Bürgergeldreform ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt zu haben, vgl. hierzu auf der Website von CDU/CSU: Thema des Tages vom 13. Juni 2024 (online verfügbar). Vgl. hierzu Jürgen Schupp (2023): Das neue Bürgergeldgesetz – kein Systemwechsel, aber Stärkung von individuellem Schutz sowie verbesserte Chancen nachhaltiger Erwerbsintegration. Sozialer Fortschritt 72(9-19), 777–780 (online verfügbar).

³ Vgl. Thomas Straubhaar (2021): Grundeinkommen jetzt! Nur so ist die Marktwirtschaft zu retten. Basel.

⁴ Vgl. beispielsweise Georg Cremer (2019): Für ein Bedingungsloses Grundeinkommen den Sozialstaat aufgeben? ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Jg. 70, 215–238 (online verfügbar).

⁵ Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen widmete sich 2021 in einem Gutachten unter anderem der Frage der Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens und kam zu dem Fazit, dass es nicht umsetzbar sei, vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Gutachten 02/2021 vom 21. Juli 2021 (online verfügbar). Zu einer optimistischeren Bewertung gelangt eine am DIW Berlin in Auftrag gegebene Mikrosimulationsstudie, vgl. Stefan Bach und Mark Hamburg (2023): Simulationsanalysen zur Finanzierbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens. DIW Politikberatung kompakt Nr. 195 (online verfügbar). Schließlich gelangt eine aktuelle Simulationsstudie zu dem Ergebnis, dass zielgenauere Alternativszenarien eines BGE durchaus auch finanzierbar wären, vgl. Benjamin Bätz et al. (2024): Bedingungsloses vs. haushaltstyp- und wohnortabhängiges Grundeinkommen: Simulation verschiedener Reformszenarien für Deutschland. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 25 (3-4), 273–285 (online verfügbar).

Kasten 1

Vergleichbare Studie in den USA

Eine sehr ähnliche Experimentalstudie mit insgesamt 3 000 Teilnehmenden im Alter von 21 bis 40 wurde von November 2020 bis Oktober 2023 in zwei Bundesstaaten der USA durchgeführt (OpenResearch Unconditional income Study – ORUS). In dieser Studie wurden 1000 zufällig ausgewählte Teilnehmenden, deren Haushaltseinkommen nicht mehr als 300 Prozent über der Armutsgrenze der USA lag, über einen Zeitraum von drei Jahren monatlich rund 1000 Dollar ausgezahlt, während die 2000 Studienteilnehmer*innen der Vergleichsgruppe 50 Dollar für ihre Studienteilnahme erhielten.

Die bedingungslosen Geldzahlungen führten in den USA ebenfalls zu einem Anstieg der Konsumausgaben um etwa 300 Dollar pro Monat, insbesondere in den Bereichen Wohnen und Mobilität. Das Sparverhalten änderte sich kaum.¹ Die Studienergebnisse zum Arbeitsmarktverhalten der Teilnehmer*innen zeigten einen Rückgang der Arbeitsmarktbeteiligung der Geldempfänger*innen.² Konkret reduzierten die Geldempfänger*innen – wie auch deren Partner*innen – ihre wöchentliche Arbeitszeit infolge der Transfers um ein bis zwei Stunden. Lässt man die bedingungslosen Geldzahlungen außer Acht, verringerte sich das monatliche Gesamteinkommen der Teilnehmer*innen um 2 000 Dollar im Jahr im Vergleich zur Vergleichsgruppe. Im Bereich der mentalen Gesundheit führten die Geldzahlungen zu keinen Verbesserungen.³ Darüber hinaus gab es im ersten Jahr einen Anstieg der medizinischen Ausgaben um etwa 20 Dollar pro Monat in der Maßnahmengruppe. Außerdem wurden Krankenhaus- und Notaufnahmebehandlungen im Vergleich zur Vergleichsgruppe häufiger in Anspruch genommen. Gleichwohl wird keine Auswirkung der Geldzahlungen auf verschiedene Messgrößen der körperlichen Gesundheit identifiziert.

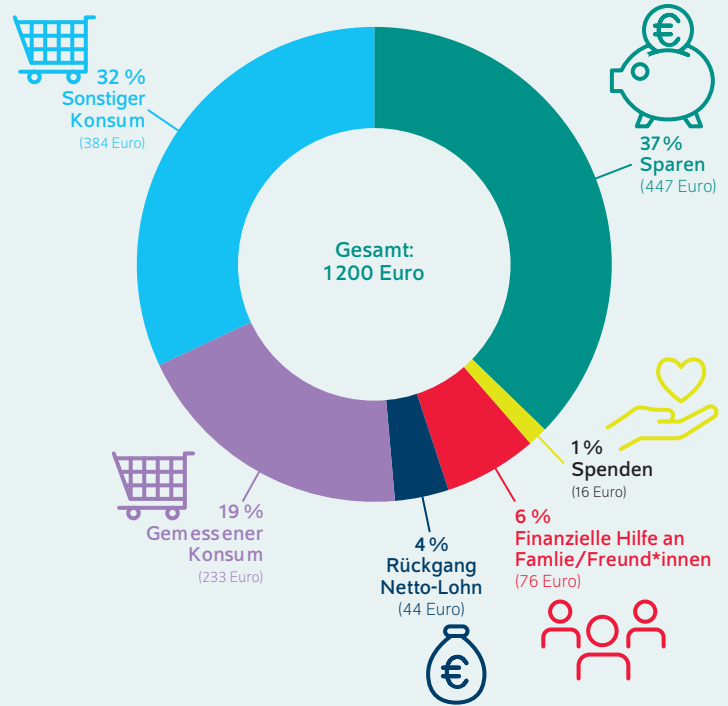
¹ Alexander Bartik et al. (2024): The Impact of Unconditional Cash Transfers on Consumption and Household Balance Sheets: Experimental Evidence from Two US States (online verfügbar).
² Eva Vivalt et al. (2024): The employment effects of a guaranteed income: experimental evidence from two U.S. states. NBER Working Paper 32719 (online verfügbar).
³ Sarah Miller et al. (2024): Does income affect health? Evidence from a randomized controlled trial of a guaranteed income. NBER Working Paper 32711 (online verfügbar).

dass sich insbesondere der vermutete substanzielle Verzicht auf Ausübung von Erwerbsarbeit nur teilweise belegen lässt und sich eher auf eine leichte Reduktion der Arbeitszeit beschränkt (Kasten 1).

In Deutschland wurde im Jahr 2020 ein groß angelegtes Feldexperiment, das sogenannte Pilotprojekt Grundeinkommen, vom Berliner Verein Mein Grundeinkommen e. V. in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Wirtschaftsuniversität Wien auf den Weg gebracht. Im Rahmen zweier Studien werden die individuellen Wirkungen bedingungsloser Geldzahlungen auf

Abbildung 1

Monatliche Verwendung der bedingungslosen Geldzahlungen in Höhe von 1200 Euro
In Prozent (in Euro)



¹ Die Maßnahmengruppe hat drei Jahre lang pro Monat 1200 Euro erhalten. Die Vergleichsgruppe erhielt lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen.

Quellen: Erhebungen des Pilotprojekts Grundeinkommen 2020 bis 2024; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Mehr als ein Drittel der Geldzahlungen wurde gespart.

Personen in Einpersonenhaushalten im Alter von 21 bis 40 Jahren, die vor Beginn der Geldzahlungen über ein monatliches Nettoeinkommen in Höhe von 1 100 bis 2 600 Euro verfügten, untersucht.⁶ Dafür wurden die Teilnehmenden zufällig in eine Maßnahmengruppe und eine Vergleichsgruppe unterteilt. Die Maßnahmengruppe von 107 Personen erhielt monatlich für die Dauer von drei Jahren (Juni 2021 bis Mai 2024) einen bedingungslosen Geldbetrag in Höhe von 1 200 Euro (Kasten 2). Bei der zufälligen Einteilung der Teilnehmenden in Maßnahmengruppe und Vergleichsgruppe wurde ein spezielles ökonometrisches Verfahren angewendet, um die Vergleichbarkeit dieser Gruppen zu verbessern.⁷

Zwar bleibt die Aussagekraft dieser Studien, wie auch der oben erwähnten internationalen Feldexperimente, begrenzt,

⁶ Sandra Bohmann et al. (2025): Cash Transfers, Mental Health, and Agency: Evidence from an RCT in Germany. Mimeo (online verfügbar); und Sarah Bernhard et al. (2025): Basic Income and Labor Supply. Mimeo (online verfügbar).

⁷ Das Studiendesign wurde vor dem Start des Experiments präregistriert, vgl. Sandra Bohmann et al. (2021): Experimental evaluation of a Basic Income Pilot in Germany. AEA RCT Registry, 7. Dezember (online verfügbar).

Kasten 2

Studiendesign, Auswahl der Teilnehmer*innen und Methode der Zufallszuweisung

Das Pilotprojekt Grundeinkommen wurde vom gemeinnützig anerkannten Verein „Mein Grundeinkommen e. V.“ ins Leben gerufen, der sich seit mehreren Jahren aktiv an der öffentlichen Diskussion über das Grundeinkommen in Deutschland beteiligt. Vor allem bekannt wurde die Organisation durch eine Verlosung, bei der Teilnehmende ein monatliches Grundeinkommen für die Dauer von einem Jahr gewinnen können. Die Finanzierung dieser Grundeinkommen erfolgt in Form von freiwilligen Zahlungen.¹ Die monatlichen Zahlungen an die Maßnahmengruppe, die Entschädigung der Teilnehmer*innen der Kontrollgruppe und die Bezahlung des Befragungsinstituts wurden vom Verein Mein Grundeinkommen e. V. getragen. Die Konzeption der quantitativen Begleitforschung und sämtliche Datenanalysen wurden von den Forschenden der beteiligten Institute, DIW Berlin, der Wirtschaftsuniversität Wien, der Frankfurt School of Finance and Management und der Universität Oxford, eigenverantwortlich und unabhängig vom Verein Mein Grundeinkommen e. V. durchgeführt.

Auswahl der Teilnehmer*innen

Aus den über zwei Millionen Personen (2 048 370), die einem öffentlichen Aufruf im Herbst 2020 gefolgt waren und sich unter Angabe sieben demografischer Merkmale und der Einstellung zum Grundeinkommen online für das Pilotprojekt registriert hatten, wurden in einem nächsten Schritt 20 000 Teilnehmende ausgewählt, die den Zielgruppenkriterien entsprachen: Die Personen mussten in Deutschland in einem Einpersonenhaushalt leben und 21 bis 40 Jahren alt sein. Ihr monatliches Nettoeinkommen musste zwischen 1 100 und 2 600 Euro liegen. Diese Einschränkung der Zielgruppe diente der höheren Vergleichbarkeit der Studienteilnehmer*innen und damit der Chance, statistisch belastbare Ergebnisse mit der durch die Finanzierungsmöglichkeiten beschränkten Anzahl an Studienteilnehmer*innen zu gewinnen.²

¹ Auch die Mittel zur Finanzierung der dreijährigen Auszahlung an die Maßnahmengruppe in Höhe von mehr als fünf Millionen Euro stellte der Verein Mein Grundeinkommen zur Verfügung, vgl. für Details die Website des Pilotprojekts (online verfügbar).

² Beispielsweise wurden zu Beginn der Studie Mehrpersonenhaushalte ausgeschlossen, um individuelle Effekte der Geldzahlungen besser untersuchen zu können. Durch die Mindesteinkommensgrenze wurden außerdem Transferempfänger*innen ausgeschlossen, da diesen die monatlichen Geldzahlungen angerechnet und die monatlichen Transferzahlungen entsprechend gekürzt worden wären.

Hinsichtlich der weiteren soziodemografischen Angaben wie Geschlecht, Bildungsniveau und regionaler Verteilung entsprach die Stichprobe in etwa der Randverteilung der Zielgruppe im Mikrozensus. Die ausgewählten 20 000 Personen erhielten eine Einladung zur Teilnahme an einer Online-Befragung, die wie auch alle weiteren durch das Befragungsinstitut Pollytix durchgeführt wurde. Etwa 15 000 Personen beantworteten die Umfrage vollständig. Innerhalb dieser Gruppe wurden mittels geschichteter Zufallszuweisung die Maßnahmengruppe³ (N = 107) und Vergleichsgruppe (N = 1 580) gebildet. Dabei wurde darauf geachtet, dass in beiden Gruppen sowohl Befürworter*innen als auch Gegner*innen des Grundeinkommens zu gleichen Teilen vertreten waren. Die 107 Personen der Maßnahmengruppe erhielten ab Juni 2021 für drei Jahre monatlich je 1 200 Euro. Als Anreiz für die Teilnahme an den Befragungen erhielten die Mitglieder der Vergleichsgruppe zehn Euro für jede abgeschlossene Umfrage. Im Studienverlauf nahmen die Teilnehmenden an insgesamt sechs halbjährlichen Wiederholungsbefragungen teil, die jeweils etwa 15 bis 25 Minuten dauerten. Zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft erhielten die Mitglieder der Vergleichsgruppe bis zu 100 Euro für die Teilnahme an allen Umfragen. 71 Prozent der Kontrollgruppe beteiligten sich während des dreijährigen Studienzeitraums an allen Befragungen.⁴

Schätzung der Effekte

Die Effekte der Geldzahlungen werden durch Vergleiche der durchschnittlichen Angaben der Maßnahmengruppe mit den durchschnittlichen Angaben der Vergleichsgruppe geschätzt. Die statistische Signifikanz der Schätzungen wird durch robuste Standardfehler, Neyman P-Werte und Fisher's exakte P-Werte ermittelt.⁵ In beiden Schritten wird die geschichtete Zufallszuweisung der Teilnehmenden in die Maßnahmengruppe und Vergleichsgruppe berücksichtigt.

³ Neben der Maßnahmengruppe haben weitere 14 Personen die monatlichen Geldzahlungen erhalten, die allerdings nicht Teil der geschichteten Zufallszuweisung waren und daher auch nicht Teil der Analysen sind. Diese Personen beteiligten sich an qualitativen Befragungen und haben teilweise auch Fragen von Journalisten*innen zu ihren persönlichen Erfahrungen mit den bedingungslosen monatlichen Geldzahlungen beantwortet.

⁴ Ausfallanalysen zeigen dass die selektive Teilnahme in der Vergleichsgruppe keine Auswirkungen auf die Ergebnisse hatte.

⁵ Details vgl. Susan Athey und Guido W. Imbens (2017): The Econometrics of Randomized Experiments. In: Handbook of Economic Field Experiments, Volume 1, Chapter 3, 73–140 (online verfügbar).

da ausschließlich die Auswirkungen auf den Einzelnen untersucht werden und die Studien auf einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung beschränkt sind.⁸ Auch die zeitliche Begrenzung des Feldexperiments auf drei Jahre schränkt die Verallgemeinerung der Studienergebnisse ein. Direkte und insbesondere indirekte Wirkungen einer öffentlichen

Finanzierung können ebenso wenig ermittelt werden wie Preis- und Inflationseffekte oder andere makroökonomische Effekte.

Dennoch liefern die Studien fundierte Einblicke in die möglichen Effekte bedingungsloser Geldzahlungen und erweitern damit die empirische Basis einer evidenzbasierten Diskussion. Im Folgenden werden nun die Ergebnisse der Studien über das Pilotprojekt Grundeinkommen zusammengefasst.

⁸ Dies gilt auch für die mögliche Differenzierung in Teilgruppen. Weiterhin können Quartiereffekte in der Studie nicht beobachtet werden.

Der Fokus liegt dabei auf dem Vergleich des Ausgabeverhaltens, des Arbeitsmarkterhaltens und der mentalen Gesundheit zwischen der Maßnahmengruppe (107 Geldempfänger*innen) und der Vergleichsgruppe (1580 Befragte).

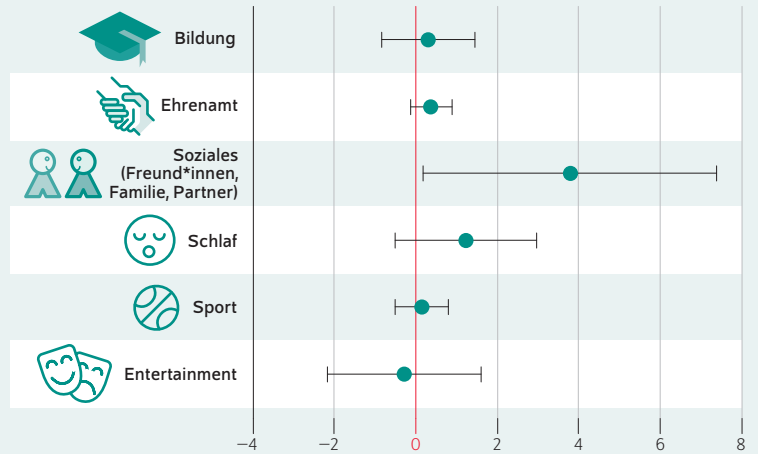
Über ein Drittel der Geldzahlungen wurde gespart und die Hälfte in Konsum investiert

Im ersten Schritt wird untersucht, für welche Zwecke die Geldempfänger*innen, die für die Dauer von drei Jahren frei über die monatlichen 1200 Euro frei verfügen konnten, die Geldzahlungen verwendet haben. Vergleicht man die durchschnittliche Höhe der Ausgaben der Maßnahmengruppe mit der Vergleichsgruppe, zeigen sich große Unterschiede im Ausgabeverhalten (Abbildung 1). Die Teilnehmenden der Vergleichsgruppe sparten im Beobachtungszeitraum durchschnittlich etwa 332 Euro pro Monat. Personen in der Maßnahmengruppe legten im Durchschnitt 779 Euro pro Monat auf die hohe Kante – also mehr als das Doppelte. Durch die bedingungslosen Geldzahlungen erhöhte sich die monatliche Sparsumme also um 447 Euro. Außerdem war der Anteil der Personen, die monatlich einen Geldbetrag zurücklegten, in der Maßnahmengruppe deutlich höher (90 Prozent) als in der Vergleichsgruppe (75 Prozent). Darüber hinaus gab es keinen statistisch signifikanten Unterschied in der Verschuldung der Maßnahmengruppe und der Vergleichsgruppe. Die Maßnahmengruppe konnte somit im Verlauf der Studie Vermögenswerte aufbauen. Zu Studienbeginn hatte etwa die Hälfte der Teilnehmenden aus beiden Gruppen ein Vermögen von weniger als 10 000 Euro. Zum Ende der Studienlaufzeit war der Anteil derer mit einem Vermögen von weniger als 10 000 Euro in der Maßnahmengruppe auf 13 Prozent gesunken, in der Vergleichsgruppe hingegen nur auf 27 Prozent. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Personen der Maßnahmengruppe die zusätzlichen Mittel nutzten, um einen Teil ihrer gewonnenen finanziellen Freiheit in die Zukunft zu verschieben. Die zeitliche Verlagerung der Geldzahlungen, gemessen an einer steigenden Sparquote, war in einer vergleichbaren Studie in den USA nicht zu beobachten (Kasten 1).

Ein weiterer Teil des Geldes wurde verwendet, um Freund*innen und Familienmitglieder finanziell zu unterstützen, aber auch um zu spenden. Im Durchschnitt spendeten die Teilnehmenden in der Maßnahmengruppe 28 Euro pro Monat und damit mehr als doppelt so viel wie die Vergleichsgruppe (12 Euro). Die Unterstützung von Familie und Freund*innen war in der Maßnahmengruppe mit durchschnittlich 126 Euro pro Monat ebenfalls mehr als doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe (50 Euro). Auch hier stieg in der Maßnahmengruppe der Anteil der Personen, die Familie und Freund*innen unterstützten oder spendeten: Durch die bedingungslosen Geldzahlungen erhöhte sich die Spender*innenquote von 40 auf 58 Prozent. Der Anteil derer, die Freund*innen und Familie unterstützten, wuchs von 24 Prozent auf 58 Prozent. Viele Teilnehmende nutzten die zusätzlichen Mittel also nicht nur für sich selbst, sondern unterstützten auch ihr soziales Umfeld. Die bedingungslosen Geldzahlungen stärkten damit nicht nur die individuelle finanzielle

Abbildung 2

Unterschiede in der wöchentlichen Zeitverwendung Differenz zwischen Maßnahmen- und Vergleichsgruppe¹ in Stunden



¹ Die Maßnahmengruppe hat drei Jahre lang pro Monat 1200 Euro erhalten. Die Vergleichsgruppe erhielt lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen.

Anmerkung: Wenn die 95-Prozent-Konfidenzintervalle (schwarze horizontale Linien), demnach die Fehlerwahrscheinlichkeit bei fünf Prozent liegt, die Nulllinie überschreiten, sind die Ergebnisse im statistischen Sinne nicht signifikant. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

Quellen: Erhebungen des Pilotprojekts Grundeinkommen 2020 bis 2024; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Geldempfänger*innen verbrachten pro Woche knapp vier Stunden länger mit Freund*innen als die Vergleichsgruppe.

Sicherheit, sondern ermöglichten auch mehr gegenseitige Unterstützung sowie die Unterstützung wohlthätiger Zwecke.

Etwa die Hälfte der monatlichen Geldzahlungen (617 Euro) wurde von der Maßnahmengruppe für Konsumausgaben genutzt. Etwa 40 Prozent der höheren Konsumausgaben können verschiedenen Kategorien zugeordnet werden. So gaben die Geldempfänger*innen im Schnitt im zweiten und dritten Studienjahr etwa sechs Prozent der monatlichen Geldzahlungen für Kleidung, sechs Prozent für Freizeitaktivitäten und 31 Prozent für Reisen aus.⁹ Bei den Wohnkosten gab es hingegen keine Veränderungen.

Mehr Zeit für soziale Kontakte

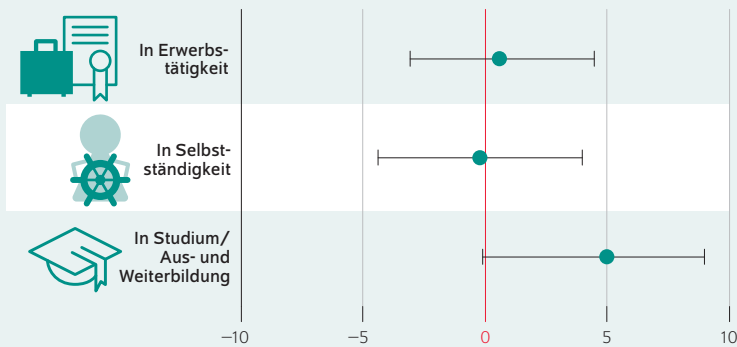
Neben den veränderten finanziellen Möglichkeiten wurde ermittelt, ob die Geldzahlungen zu Veränderungen in der Zeitverwendung führten (Abbildung 2). Der größte Unterschied in der Zeitverwendung zeigte sich im sozialen Bereich: Personen in der Maßnahmengruppe verbrachten im Durchschnitt 3,8 Stunden mehr pro Woche mit Freund*innen,

⁹ Da die Dauer der Befragung mit den Teilnehmenden begrenzt war, konnte keine vollständige Erfassung sämtlicher Haushaltsausgaben erfolgen. Im ersten Studienjahr wurden besondere Ausgaben dokumentiert, ab dem zweiten Studienjahr wurden die monatlichen Ausgaben für verschiedene Kategorien von Gütern und Dienstleistungen dokumentiert. Verrechnet man die so dokumentierten Ausgaben und Verwendungszwecke mit den gestiegenen Einnahmen der Maßnahmengruppe, so bleibt ein nicht eindeutig zuordbarer durchschnittlicher Restbetrag von 384 Euro im Monat.

Abbildung 3

Unterschiede in Erwerbsbeteiligung und Selbstständigkeit

Differenz zwischen Maßnahmen- und Vergleichsgruppe¹ in Prozentpunkten



Anmerkung: Da die 95-Prozent-Konfidenzintervalle (schwarze horizontale Linien), demnach die Fehlerwahrscheinlichkeit bei fünf Prozent liegt, die Nulllinie überschreiten, sind die Ergebnisse im statistischen Sinne nicht signifikant.

1 Die Maßnahmengruppe hat drei Jahre lang pro Monat 1200 Euro erhalten. Die Vergleichsgruppe erhielt lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen.

Quellen: Erhebungen des Pilotprojekts Grundeinkommen 2020 bis 2024; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Bei der Arbeitsmarkt-beteiligung änderte sich durch die Geldzahlungen wenig.

Familie und Partner*innen. Soziale Aktivitäten gehen häufig auch mit Ausgaben einher – sei es für Besuche in Gaststätten, Kinotickets oder gemeinsame Freizeitgestaltung. Der im vorherigen Abschnitt berichtete Anstieg der Ausgaben für Freizeitaktivitäten um sechs Prozent lässt sich entsprechend auch vor diesem Hintergrund interpretieren.

Darüber hinaus schliefen die Personen der Maßnahmen-gruppe etwas mehr als eine Stunde pro Woche länger als die Vergleichsgruppe. Dieser Unterschied war allerdings statistisch nicht signifikant.¹⁰ Kleine und nicht signifikante Unterschiede fanden sich in der Zeitverwendung für ehrenamtliche und sportliche Aktivitäten sowie für Bildung und Unterhaltung.

Weder Rückzug aus dem Arbeitsmarkt noch Verringerung der Arbeitsstunden

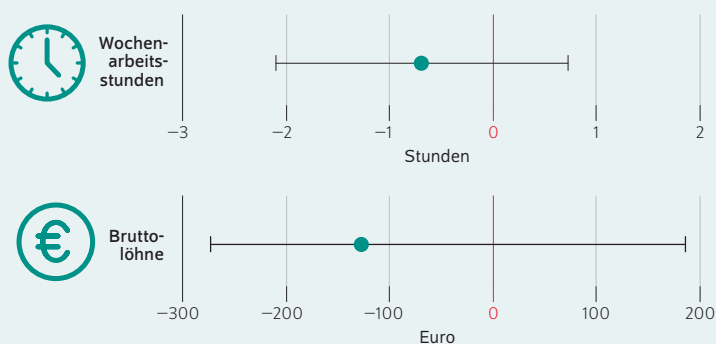
Ein in der Öffentlichkeit wie auch in der Wissenschaft oft bemühtes Argument gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen ist die Sorge, dass es die Erwerbsquote senken könnte.¹¹ In der vorliegenden Studie führten die monatlichen bedingungslosen Geldzahlungen jedoch über den gesamten Studienverlauf hinweg weder zu einer vermehrten Aufgabe einer Erwerbstätigkeit (Abbildung 3) noch zu einer Reduktion der tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeit (Abbildung 4). In beiden Gruppen waren zu jedem Befragungszeitpunkt circa 90 Prozent der Studienteilnehmenden durchschnittlich 40 Stunden pro Woche erwerbstätig. Die Maßnahmengruppe verdiente vor Steuern und Abgaben im Beobachtungszeitraum durchschnittlich 127 Euro weniger pro Monat als die Vergleichsgruppe (Abbildung 4).¹² Der Unterschied ist jedoch statistisch nicht signifikant. Betrachtet man die Entwicklung der monatlichen Bruttoerwerbseinkommen, zeigt sich, dass diejenigen der Maßnahmengruppe in den drei Jahren inflationsbereinigt insgesamt um 19,5 Prozent stiegen, während die Vergleichsgruppe Reallohnsteigerung von 24,2 Prozent realisieren konnte.

Der Anteil der Selbstständigen unterschied sich in beiden Gruppen nicht (jeweils sieben Prozent). Im Befragungszeitraum lag aber der durchschnittliche Anteil an Personen, die sich im Studium oder in beruflicher beziehungsweise schulischer Ausbildung befanden, in der Maßnahmengruppe höher als in der Vergleichsgruppe (14 versus zehn Prozent). Dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant.

Abbildung 4

Unterschiede in Wochenarbeitsstunden und Bruttomonatslöhnen

Differenz zwischen Maßnahmen- und Vergleichsgruppe¹ in Stunden beziehungsweise in Euro



1 Die Maßnahmengruppe hat drei Jahre lang pro Monat 1200 Euro erhalten. Die Vergleichsgruppe erhielt lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen.

Anmerkung: Wenn die 95-Prozent-Konfidenzintervalle (schwarze horizontale Linien), demnach die Fehlerwahrscheinlichkeit bei fünf Prozent liegt, die Nulllinie überschreiten, sind die Ergebnisse im statistischen Sinne nicht signifikant. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

Quellen: Erhebungen des Pilotprojekts Grundeinkommen 2020 bis 2024; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Geldempfänger*innen arbeiteten und verdienten nicht signifikant weniger als die Vergleichsgruppe.

¹⁰ Wenn allerdings Unterschiede in der durchschnittlichen Schlafenszeit zwischen den beiden Gruppen vor Beginn der Maßnahmen berücksichtigt werden, dann erhöhten die Geldzahlungen die Schlafenszeit signifikant.

¹¹ Vgl. hierzu beispielsweise Heiner Flassbeck (2013): Das Bedingungslose Grundeinkommen ist ein Irrweg. Wirtschaftsdienst 93 (9), 596–598.

¹² Zusätzlich zu den Selbstauskünften werden die Ergebnisse in Kürze durch eine vertiefende Analyse der mittlerweile verknüpften, aber noch nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum vorliegenden Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit ergänzt, die eine genauere Identifikation der längerfristigen Effekte auf das Arbeitsmarktverhalten erlauben. Solche zusätzlichen Angaben konnten für 88 Prozent aller Teilnehmenden mit den Befragungsdaten verknüpft werden, die hierfür ihre explizite Zustimmung erteilten.

Es zeigt sich also, dass der oft diskutierte Rückzug in die soziale Hängematte bei diesem Experiment nicht eingetreten ist – zumindest nicht bei einer Laufzeit von drei Jahren. Gleichzeitig ließen sich allerdings auch keine Hinweise darauf finden, dass die Geldzahlungen als Katapult in die Selbstständigkeit genutzt wurden. Wenn überhaupt, deuten sich höhere Investitionen in das Humankapital an. Des Weiteren wurde ein großer Teil des Geldes für die finanzielle Absicherung gespart. Außerdem wurde ein nicht unerheblicher Teil für soziale Zwecke und die Unterstützung anderer verwendet sowie mehr Zeit mit Freund*innen, der Familie und Partner*innen verbracht.

Mentale Gesundheit und subjektives Wohlbefinden verbesserten sich

Die monatlichen bedingungslosen Geldzahlungen und die damit einhergehende finanzielle Freiheit und Sicherheit hatten insgesamt einen starken positiven Effekt auf die mentale Gesundheit, die wahrgenommene Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns sowie das subjektive Wohlbefinden der Maßnahmengruppe (Abbildung 5). Um den Einfluss der Geldzahlungen auf die verschiedenen Indikatoren des Wohlbefindens vergleichen zu können, wurden die Angaben der Befragten teils zu Indizes zusammengefasst und standardisiert (Kasten 3). Der stärkste Effekt zeigte sich – wenig überraschend – bei der Einkommenszufriedenheit. Auch die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit, dem Schlaf und der Freizeit war in der Maßnahmengruppe signifikant höher als in der Vergleichsgruppe. Die allgemeine Lebenszufriedenheit lag im Befragungszeitraum in der Maßnahmen­gruppe auf einer Skala von null bis zehn bei durchschnittlich 7,6, während sie in der Vergleichsgruppe 7,1 betrug. Damit war sie in der Maßnahmengruppe um 0,42 Standardabweichungen (42 Prozent einer Standardabweichung) höher als in der Vergleichsgruppe.¹³ Dieser starke Zuwachs ist durchaus vergleichbar mit einschneidenden positiven Lebensereignissen wie einer Eheschließung.¹⁴ Bemerkenswert ist außerdem, dass dieser Effekt über den gesamten Studienverlauf sehr stabil blieb und es nicht zu Gewöhnungseffekten kam.

Die mentale Gesundheit war in der Maßnahmengruppe um gut 30 Prozent einer Standardabweichung höher und das Empfinden von Sinnhaftigkeit um 25 Prozent einer Standardabweichung höher als in der Vergleichsgruppe. Auch diese Effekte blieben über alle sechs Befragungswellen hinweg konstant, wobei die Unterschiede beim Lebenssinn und bei der Arbeitszufriedenheit im Laufe der Zeit etwas zunahmen. Der Unterschied bei der finanziellen Zufriedenheit wurde etwas kleiner, sie lag aber signifikant über dem Niveau der Vergleichsgruppe. Ein möglicher Grund

¹³ Dies bedeutet, dass die bedingungslosen Geldzahlungen die allgemeine Lebenszufriedenheit der Geldempfänger*innen um 42 Prozent der üblicherweise in der Untersuchungsgruppe vorkommenden Schwankung der allgemeinen Lebenszufriedenheit verbessert.

¹⁴ Vgl. hierzu etwa Richard E. Lucas et al. (2003): Reexamining Adaptation and the Set Point Model of Happiness: Reactions to Changes in Marital Status. *Journal of Personality and Social Psychology* 84 (3), 527–539; sowie Michael D. Krümer et al. (2025): Life events and life satisfaction: Estimating effects of multiple life events in combined models. *European Journal of Personality*, 39 (1), 3–23.

Kasten 3

Messung von individuellem Wohlbefinden und mentaler Gesundheit

Im Pilotprojekt wurden drei zentrale Indikatoren des Wohlbefindens erfasst: Die Studienteilnehmer*innen wurden gebeten, ihre Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihres Lebens anzugeben, die Sinnhaftigkeit ihres Tuns zu bewerten und es wurden Fragen gestellt, die einen Rückschluss auf die mentale Gesundheit der Befragten erlauben. Konkret wurde die WHO-5-Depressionsskala sowie ein Teil der Fragen aus dem *Perceived Stress Scale* verwendet, um die mentale Gesundheit zu messen.¹ Um den Einfluss der Geldzahlungen auf diese verschiedenen Indikatoren subjektiven Wohlbefindens vergleichen zu können, wurden die Angaben der Befragten teils zu Indizes zusammengefasst und standardisiert. Dadurch kann der Einfluss der Geldzahlungen auf das entsprechende Wohlbefindensmaß in Standardabweichungen angegeben werden. Die Angabe von Effektstärken in Standardabweichungen setzt Gruppenunterschiede in den Mittelwerten für einen Indikator (zum Beispiel allgemeine Lebenszufriedenheit) ins Verhältnis zur üblichen Schwankung dieses Indikators in der Bevölkerung. Eine Effektgröße von 0,42 Standardabweichungen, wie sie hier zum Beispiel für die allgemeine Lebenszufriedenheit vorliegt, bedeutet also, dass die bedingungslosen Geldzahlungen die allgemeine Lebenszufriedenheit der Geldempfänger*innen um 42 Prozent der üblicherweise in der Untersuchungsgruppe vorkommenden Schwankung der allgemeinen Lebenszufriedenheit verbessert.

¹ Eine genaue Beschreibung der Skalenbildung findet sich in: Sandra Bohmann et al. (2025): *Cash Transfers, Mental Health, and Agency: Evidence from an RCT in Germany*. Mimeo (online verfügbar).

für die Verbesserung des Wohlbefindens ist die Vergrößerung der Handlungsspielräume. Tatsächlich berichtete die Maßnahmengruppe im Studienzeitraum, mehr Autonomie über das eigene Leben zu empfinden als Personen in der Vergleichsgruppe.

Die Ergebnisse legen nahe, dass regelmäßige, großzügige, garantierte und bedingungslose Geldzahlungen langfristig positive Effekte auf die mentale Gesundheit und das Wohlbefinden auslösen. Dies kann sich wiederum positiv auf das Arbeitsmarktverhalten auswirken, wie Studien zeigen. So steigert subjektives Wohlbefinden die Produktivität der Beschäftigten.¹⁵ Zudem ist auch der Zusammenhang zwischen dem Grad an mentalen gesundheitlichen Einschränkungen und der Anzahl an Fehltagen am Arbeitsplatz wissenschaftlich klar anerkannt.¹⁶

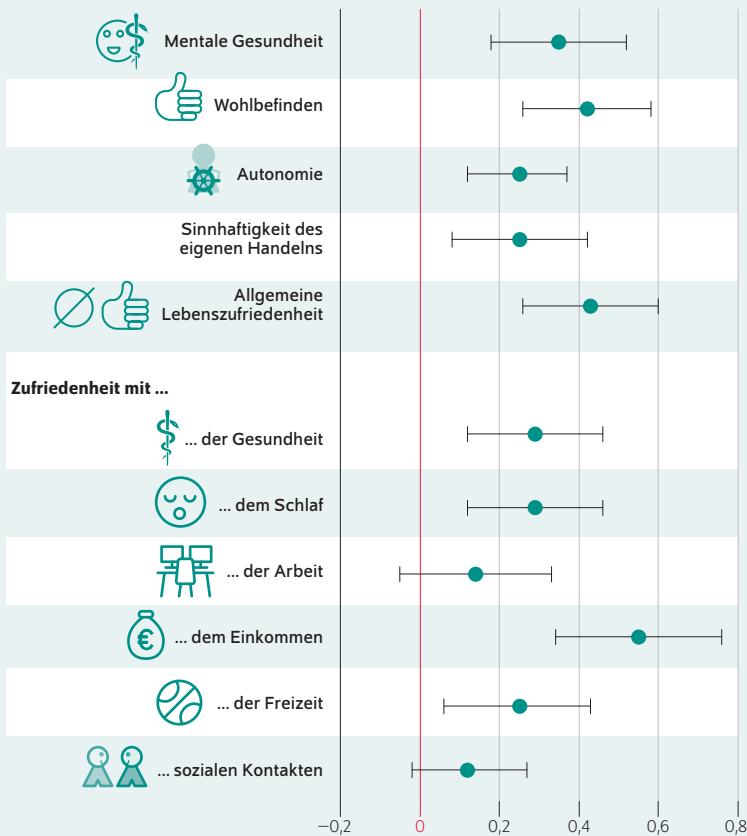
¹⁵ Vgl. Andrew J. Oswald, Eugenio Proto und Daniel Sgroi (2015): Happiness and Productivity. *Journal of Labor Economics* 33 (4), 789–822 (online verfügbar).

¹⁶ Vgl. Richard Layard (2013): Mental health: the new frontier for labour economics. *Journal of Labor Policy* 2 (2), 1–16 (online verfügbar).

Abbildung 5

Veränderungen bei mentaler Gesundheit und Zufriedenheit durch bedingungslose Geldzahlungen

Differenz zwischen Maßnahmen- und Vergleichsgruppe in Standardabweichungen¹



¹ Die Maßnahmengruppe hat drei Jahre lang pro Monat 1 200 Euro erhalten. Die Vergleichsgruppe erhielt lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen. Eine Standardabweichung von 0,42 bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit bedeutet, dass die bedingungslosen Geldzahlungen die allgemeine Lebenszufriedenheit der Geldempfänger*innen um 42 Prozent der üblicherweise in der Untersuchungsgruppe vorkommenden Schwankungen verbessert.

Anmerkung: Wenn die Konfidenzintervalle (schwarze horizontale Linien), demnach die Fehlerwahrscheinlichkeit bei fünf Prozent liegt, die Nulllinie überschreiten, sind die Ergebnisse im statistischen Sinne nicht signifikant. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

Quellen: Erhebungen des Pilotprojekts Grundeinkommen 2020 bis 2024; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Geldzahlungen erhöhten in der Maßnahmen- im Unterschied zur Vergleichsgruppe die mentale Gesundheit und das Wohlbefinden deutlich.

Fazit: Ergebnisse entkräften Stereotyp von der sozialen Hängematte

Die vorliegenden Ergebnisse des Pilotprojekts Grundeinkommen liefern einen weiteren wichtigen Puzzlestein für die Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen und wichtige Erkenntnisse zu der Frage, wie sich substanzialle Geldzahlungen auf das Verhalten von Menschen auswirken. Als eines der Kernergebnisse zählt, dass Teilnehmende über ein Drittel der bedingungslosen Geldzahlungen sparten sowie sieben Prozent der Geldzahlungen für wohl-tätige Zwecke oder zur Unterstützung von nahestehenden

Personen ausgaben. Dies lässt auf eine insgesamt sorgsame Verwendung der Geldzahlungen schließen. Zudem erfolgte weder ein vermehrter Rückzug aus dem Arbeitsmarkt noch eine signifikante Reduktion der geleisteten Arbeitsstunden. Als weiteres zentrales Ergebnis der Studie zeigt sich, dass die bedingungslosen Geldzahlungen signifikant sowohl die mentale Gesundheit als auch das subjektiv empfundene Wohlbefinden erhöhten.

Mit den Ergebnissen, insbesondere zum Arbeitsmarktverhalten, können manche Klischees und Stereotype wie das von der sozialen Hängematte versachlicht werden. Dies bestätigen auch die Ergebnisse des staatlichen finnischen Experiments zum Grundeinkommen bei Arbeitslosen vor einigen Jahren¹⁷ sowie die jüngst in den USA durchgeführten Feldexperimente.

Trotz lange Jahre intensiv geführter Debatten steht derzeit die Einführung eines Grundeinkommens bei den potenziellen Koalitionsparteien nicht auf der Agenda. Zugleich zeichnet sich für Bürgergeldbeziehende wieder vermehrt eine Politik des Forderns statt Förderns ab.¹⁸ Pauschale sowie bedingungslose Geldzahlungen könnten jedoch besonders in Krisenzeiten plötzliche Aktualität erlangen, wie bereits die Corona-Pandemie gezeigt hat.¹⁹ Ein staatlicher Direktauszahlungsmechanismus könnte künftig dazu genutzt werden, die sozioökonomische Sicherheit und Resilienz der Bürger*innen zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, künftige Umwälzungen mit größerem Selbstvertrauen und Zuversicht zu meistern.²⁰ Da zudem aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren Deutschlands Sozialsysteme umgebaut werden müssen, sollte eine evidenzbasierte und ergebnisoffene gesellschaftliche Debatte alle Reformoptionen in den Blick nehmen – auch das bedingungslose Grundeinkommen.

¹⁷ Beim staatlich finanzierten zweijährigen Grundeinkommensexperiment in Finnland erhielten 2000 zufällig ausgewählte Personen zwischen 25 und 50 Jahren aus dem Register der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nicht steuerbares Grundeinkommen anstelle der staatlichen Transfers. Es zeigten sich keine signifikanten Beschäftigungseffekte, vgl. Olli Kangas et al. (Hrsg.) (2021): Experimenting with Basic Income: Lessons from the Finnish Basic Income Experiment 2017–2018. Cheltenham (online verfügbar).

¹⁸ Im Sondierungspapier der vermutlich künftigen Bundesregierung vom 8. März 2025 (online verfügbar) erklären CDU, CSU und SPD, dass das „bisherige Bürgergeldsystem ... zu einer neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende“ umgestaltet werde und auch künftig Vermittlungshemmnisse beseitigt werden. Zugleich werde eine neue Bundesregierung „Mitwirkungspflichten und Sanktionen im Sinne des Prinzips Fördern und Fordern verschärfen“.

¹⁹ Während der Corona-Pandemie erhielten alle Bürger*innen mit Hilfe eines Direktauszahlungsmodus rasch und unbürokratisch finanzielle Unterstützungsleistungen. Hierzu wurden in den letzten Jahren auch in Deutschland zumindest die technischen Voraussetzungen fertiggestellt, vgl. Informationen auf der Website des Bundesfinanzministeriums (online verfügbar). Auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) wurde ein solcher Mechanismus als notwendige Krisenvorbereitung angemahnt, vgl. Sachverständigenrat (2023): Jahresgutachten 2023/24: Anwendungsfälle: Kriseninstrument und Klimageld, Ziffer 354 (online verfügbar).

²⁰ Der Sozialphilosoph Philipp van Parijs, einer der wichtigsten und renommiertesten internationalen Befürworter eines BGE, sieht in einem eher partiellen bedingungslosen Grundeinkommen große Chancen, auch Transformationen und Krisen konfliktärmer bewältigen zu können: Philipp van Parijs (2021): Climate change and the COVID-19 pandemic: crucial pushes or deadly blows for basic income? In: Dorothee Rodenhäuser et al. (Hrsg.): Soziale Sicherungssysteme im Umbruch. Marburg, 193–211.

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN



Sandra Bohmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Staat im DIW Berlin | sbohmann@diw.de

Susann Fiedler ist Professorin für Business and Psychology an der Wirtschaftsuniversität in Wien | susann.fiedler@wu-ac.at

Maximilian Kasy ist Professor für Ökonomie an der University of Oxford | maximilian.kasy@economics.ox.ac.uk

Jürgen Schupp ist Wissenschaftler in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | jschupp@diw.de

Frederik Schwerter ist Professor für Mikroökonomie an der Frankfurt School of Finance and Management | f.schwerter@fs.de



JEL: C93, H31, I31

Keywords: field experiment, basic income, household finance, labor supply, well-being, mental health, cash transfers

INTERVIEW



„Mehr als ein Drittel der monatlichen Geldzahlungen wurde gespart“

Sandra Bohmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Staat im DIW Berlin



1. **Frau Bohmann, in der Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen wird immer wieder das Argument vorgebracht, dass die Menschen dann weniger oder gar nicht mehr arbeiten würden. Wie haben sich die Menschen in dem von Ihnen ausgewerteten Feldexperiment verhalten?** Tatsächlich stellen wir nicht fest, dass die Personen in unserem Experiment weniger gearbeitet haben. Sowohl in der Kontrollgruppe als auch in der Maßnahmen- gruppe, die monatlich 1200 Euro erhalten hat, arbeiteten die Befragten jeweils 40 Stunden im Durchschnitt.
2. **Der befürchtete Rückzug in die soziale Hängematte war also nicht zu beobachten?** Nein, der war nicht zu beobachten. Einschränkend muss man sagen, dass unser Experiment eine begrenzte Laufzeit von drei Jahren hatte. Wenn die Menschen wissen, dass die Geldzahlungen in drei Jahren aufhören, hören sie nicht auf zu arbeiten.
3. **Wie hat sich die monatliche Zahlung auf die Nutzung der Zeit ausgewirkt?** Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Menschen mehr Zeit mit ihren Freunden, mit der Familie sowie mit dem Partner oder der Partnerin verbracht haben und auch ein bisschen mehr geschlafen haben. In den Bereichen Ausbildung oder Arbeitszeit sehen wir keine signifikanten Veränderungen.
4. **Wofür haben die Beziehenden des bedingungslosen Grundeinkommens das zusätzliche Geld verwendet?** Mit 447 Euro pro Monat wurde mehr als ein Drittel der monatlichen Geldzahlungen gespart. Zudem wurde mehr Geld für soziale Zwecke ausgegeben, also für Freunde und Bekannte, aber es wurde auch mehr Geld gespendet. Natürlich wurde auch mehr konsumiert, und zwar vor allem in den Bereichen Kleidung, Reisen und Freizeitaktivitäten.
5. **Welche Auswirkungen hatte das simulierte Grundeinkommen auf das Wohlbefinden?** Was das Wohlbefinden angeht, haben wir überraschenderweise sehr große Effekte beobachtet. Auf einer Skala von null bis zehn stieg das

allgemeine Wohlbefinden, gemessen an der Frage, wie zufrieden die Menschen mit ihrem Leben sind, von 7,1 in der Vergleichsgruppe auf 7,6 in der Maßnahmengruppe. Das erscheint wenig, aber da die meisten Menschen in der Regel irgendetwas zwischen sechs und acht antworten, ist das ein relativ großer Effekt. Im Vergleich ist dieser Zugewinn an Wohlbefinden ähnlich stark, wie das bei einer Eheschließung zu beobachten ist. Zudem hatten die Personen, die das Geld bekommen haben, im gesamten Zeitverlauf eine deutlich höhere mentale Gesundheit und betrachteten ihr eigenes Leben und Tun als sinnhafter.

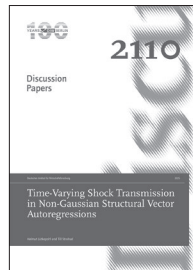
6. **Wie hat sich das Bruttoeinkommen der Teilnehmenden ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Geldbetrags entwickelt?** Wir haben uns auch die Angaben zum Bruttoerwerbseinkommen, das unabhängig von den Geldzahlungen ist, angeschaut. Dabei zeigte sich, dass die Personen in der Maßnahmengruppe im Schnitt über diese drei Jahre monatlich 127 Euro weniger verdient haben. Aber dieser kleine negative Effekt ist statistisch nicht signifikant.
7. **Welche Bedeutung haben Ihre Ergebnisse für die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen?** Für die Beantwortung der Frage, wie sich ein für alle Menschen ausgezahltes bedingungsloses Grundeinkommen auswirken würde, sind unsere Ergebnisse ein kleines Puzzleteil. Wir haben nur einen sehr kleinen Anteil der Bevölkerung untersucht, aber weltweit gibt es gerade viele andere Studien, zwei davon in den USA, ein Experiment in Finnland und eines in Spanien, die auch zum Teil andere Einkommensgruppen oder andere Zielgruppen untersuchen oder untersucht haben. In der Zusammenschau all dieser Experimente kann man dann vielleicht deutlicher extrapolieren, wie sich bedingungslose Geldzahlungen in Hocheinkommensländern wie den USA oder Europa auswirken würden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Discussion Papers Nr. 2110
2025 | Helmut Lütkepohl, Till Strohsal



Time-Varying Shock Transmission in Non-Gaussian Structural Vector Autoregressions

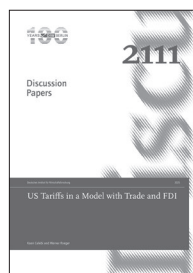
This paper analyzes possibly time-varying shock transmission in structural vector autoregressive (VAR) models when the reduced-form VAR coefficients are time-invariant and the shocks are identified through non-Gaussianity. To check for possible time-variation in the impulse responses, we propose Wald tests for two situations: (1) homoskedastic and (2) heteroskedastic structural shocks. For the latter case, the challenge is to ensure that the test does not indicate time-varying impulse responses if the changes are due only to changes in the variances of the shocks. To illustrate the usefulness of the tests, they are

applied to an empirical model of the crude oil market. They support time-varying shock transmission reflected in impulse response functions that change over time.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2111
2025 | Kaan Celebi, Werner Roeger



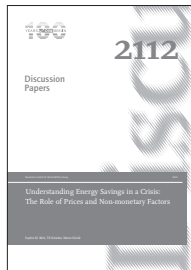
US Tariffs in a Model with Trade and FDI

The new US administration has a clear agenda of reducing imports to the US and attract FDI by reducing tariffs and using the proceeds for supporting investment in the US. This paper uses a dynamic two country US vs RoW model where monopolistically competitive firms make export and FDI decisions. We study how this additional FDI channel affects the impact of import tariffs on the US and RoW economy. We model both the international supply linkages of domestic producers and subsidiaries of foreign firms as well as EoS of FDI sales with domestic products and imports in order to capture cost and demand channels affecting FDI decisions. Concerning the respective elasticities we use both trade elasticities

as well as estimates on the effect of tariffs on the import to inward FDI sales ratio. We are in particular interested how the use of tariff revenues affects the outcome of a tariff. We find that a unilateral US tariff with transfers to households has positive effects on US consumption and leads to rising inward FDI and reduces US imports. However, rising production and investment cost reduce total US investment. A real dollar appreciation cushions the effect of tariffs on RoW exporters but increase the cost for production and investment, generating a negative spillover to the RoW. If tariffs are accompanied by investment subsidies the expansionary effects for the US are significantly larger and total US investment becomes positive. This holds especially for FDI flows to the US. The investment boom generated in the US increases world interest rates. This contributes to larger negative spillovers to the RoW. The use of tariff revenues also affects how the US and RoW are affected in case of (full) retaliation. In case of transfers, the US is hit more since higher openness increases cost of production and investment more in the US. This ranking is reversed in case of subsidies. Higher US openness generates more tariff revenues as a share of GDP and therefore more investment subsidies.



Discussion Papers Nr. 2112
2025 | Sophie M. Behr, Till Köveker, Merve Küçük



Understanding Energy Savings in a Crisis: The Role of Prices and Non-monetary Factors

Russia's invasion of Ukraine in 2022 was accompanied by a significant reduction of its gas supply to Europe, causing sharp energy price surges and prompting governments to respond with public appeals and programs aimed at reducing consumption. This paper investigates the effects of price increases and non-monetary factors, such as public appeals and saving programs, on residential energy savings during the crisis. Using a unique building-level dataset on residential energy consumption and prices in Germany, we identify price-driven savings and energy price elasticities with a DiD-PSM approach. By comparing buildings that faced price increases to buildings with constant prices, we can isolate price-driven savings from contemporaneous non-monetary effects. Our findings reveal that while increased prices led to moderate short-run energy savings, the majority of observed savings were driven by non-monetary factors. Consequently, we identify a relatively low short-run price elasticity of residential heat energy demand of -0.07. Going beyond average effect estimation, we use two machine learning methods to calculate building-level price-driven and non-price-driven savings, then analyzing their variation with socio-economic characteristics using census data.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2113
2025 | Konstantin A. Kholodilin



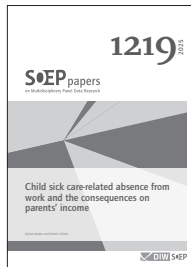
The Impact of Governmental Regulations on Housing Market: Findings of a Meta-Study of Empirical Literature

Housing markets are affected by a large variety of factors. Among them, governmental regulations play an important role. Besides desired effects, all these policies exert a number of side effects, some of which can even offset the desired effects. In addition, different policies can cancel out each other. Therefore, it is important to be aware of the effects of individual policies and the composite effects resulting from the simultaneous application of different policies. This study summarizes findings of an extensive literature on the effects of a wide range of governmental policies that affect housing markets. It covers such policies as rent control, protection from eviction, housing rationing, housing allowances, provision of social housing, tax treatment of homeownership, property taxation, building codes, land-use regulations, and macroprudential policies. Moreover, it examines the effects of monetary, fiscal, and labor policies. The aim of this study is to identify the most prominent effects and their direction. This should serve as a guidance for policy makers because it identifies potential advantages and disadvantages of various policy tools and their combinations.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1219
2025 | Ayhan Adams, Katrin Golsch



Child Sick Care-Related Absence from Work and the Consequences on Parents' Income

This study investigates the impact of child-related absence from work on the income of working mothers and fathers, addressing a significant research gap in sociology and labour economics. While previous research has established that gender and parenthood significantly influence income levels, the consequences of caring for a sick child—a common and unpredictable responsibility—remain inadequately explored. We utilise longitudinal data from the German Socio-Economic Panel Study (2010-2022) to examine how the accumulation of absence days due to child illness affects income levels and changes in income over

four years among parents while controlling for various job and family-related characteristics. Our findings indicate that increased absenteeism related to child sickness adversely affects fathers' income, aligning with signalling theory, which suggests that absent workers may be perceived as less committed by employers. In contrast, mothers appear to experience less significant income impacts from similar absences, indicating that the stigma associated with absence days may be less pronounced. Additionally, we investigate the role of socio-economic status in these effects, finding that higher income positions do not amplify the negative signalling associated with child-related absenteeism for fathers. Meanwhile, we observed no association between mothers' income and child sickness-related absence when distinguishing between higher and lower income positions, potentially indicating prevailing gendered expectations in the workplace. The results underscore the need for further research into the socio-economic implications of caring for a sick child and employer perceptions to gain deeper insights into the dynamics of work-life balance and career consequences.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





ALEXANDER SCHIERSCH

Europas digitale Fragmentierung bremst Wachstum und Innovation

Alexander Schiersch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Unternehmen und Märkte und der Forschungsgruppe Entrepreneurship im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Europa hat ein Wachstums- und Wettbewerbsproblem. Gerade in einem Kernfeld der heutigen Wirtschaft – den digitalen Diensten und Anwendungen – ist Europa gefährlich zurückgefallen. Während digitale Plattformen, Cloud-Services, Künstliche Intelligenz und andere datengetriebene Geschäftsmodelle in den USA längst dominieren, hinkt Europa deutlich hinterher. Die Zahlen sprechen für sich: Der Anteil der Digitalwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt liegt in den USA inzwischen bei fast zehn Prozent, während er in Europa nur etwa sechs Prozent beträgt. Auch bei den weltweit größten Digitalunternehmen spielen europäische Anbieter kaum eine Rolle. Die Folge: Europa verliert nicht nur Marktanteile, sondern auch Innovationskraft, Investitionen und Wirtschaftswachstum. Aber woran liegt das?

Der europäische Binnenmarkt für digitale Dienste ist zersplittert. Dies liegt zum Teil an kulturellen Unterschieden in der Nutzeransprache, im Datenschutzverständnis, der Risikobereitschaft oder schlicht daran, dass wir verschiedene Sprachen sprechen. Für europäische Unternehmen, die Endnutzer*innen als Kund*innen haben und schnell skalieren wollen, bedeutet das: Die Expansion über Landesgrenzen erfordert zusätzlichen Aufwand, da Marketingstrategien und Kommunikation auf jedes Land zugeschnitten werden müssen. In den USA hingegen können Unternehmen auf einen homogenen Markt zugreifen und dadurch schneller wachsen. Aber das ist noch handhabbar.

Gravierender als sprachliche oder kulturelle Unterschiede sind nationale Verschärfungen der Regulierung. Trotz Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bestehen weiterhin nationale Sonderregeln. Ein deutsches Unternehmen, das seine Online-Dienste in Finnland anbieten will, muss dort zusätzliche Dokumentationspflichten und besonders restriktive Cookie-Banner umsetzen. In Frankreich verlangt die entsprechende Regulierungsbehörde besonders strikte Einwilligungsprozesse; in den Niederlanden gelten zusätzliche Anforderungen für den Umgang mit Gesundheitsdaten. Im Gegensatz dazu zeigt Irland, dass es auch anders geht: Dort orientieren sich die Vorgaben eng an der DSGVO, ohne nationale Verschärfungen. Solche Unterschiede führen dazu, dass Unternehmen erhebliche Res-

sourcen in länderspezifische Anpassungen investieren müssen, statt Innovation und Wachstum voranzutreiben.

Dass Europa in den letzten zwei Jahrzehnten nicht mit den USA und China Schritt halten konnte, ist der EU durchaus bewusst. Unter anderem mit dem Competitiveness Compass – einer Art Regierungsprogramm der neuen Kommission – formuliert sie eine Agenda für mehr Wettbewerbsfähigkeit, auch im Digitalen. Ein Element dabei ist die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Daten. Mit der „European Strategy for Data“ verfolgt die EU das Ziel, Datenräume über Sektorgrenzen hinweg zu schaffen, den Zugang zu Daten zu erleichtern und einen echten EU-Datenbinnenmarkt zu etablieren. In diesem Zusammenhang wurde bereits 2023 der „Data Act“ verabschiedet. Er soll vor allem den Austausch von Daten zwischen Unternehmen und Geräten im Rahmen des sogenannten Internets der Dinge regeln und den Zugang zu industriellen Nutzungsdaten verbessern.

Doch das greift zu kurz. Der Data Act betrifft hauptsächlich Datenflüsse im Industrieumfeld, nicht aber den gesamten Bereich digitaler Dienstleistungen für Endnutzer*innen. Hier bleiben nationale Unterschiede bestehen. Anbieter von digitalen Diensten müssen in jedem EU-Land weiterhin spezifische Anforderungen erfüllen, sobald personenbezogene Daten ins Spiel kommen. Europa braucht zudem mehr als Strategien und Ankündigungen, nämlich die konsequente Vereinheitlichung digitaler Regeln. Nationale Alleingänge bei Datenschutz und Nutzerzustimmungen müssen beendet werden. Nur dann können europäische Unternehmen skalieren, Innovationen vorantreiben und digitale Produkte „Made in Europe“ im internationalen Wettbewerb erfolgreich machen. Die neue Bundesregierung muss dies als Teil einer Strategie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vorantreiben. Zum einen sollte sie auf EU-Ebene auf eine Vereinheitlichung der Regeln hinarbeiten. Zum anderen könnte sie mit gutem Beispiel vorangehen und die Regeln auf die ursprüngliche DSGVO begrenzen – ganz im Sinne des so oft genannten Ziels eines Bürokratieabbaus.

Dieser Beitrag ist am 8. April 2025 in der Fuldaer Zeitung erschienen.